

ALLGEMEINES

Neue Ansätze der Engagementpolitik. Das Bundesfamilienministerium verfolgt seit Januar dieses Jahres eine neue Strategie zur Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements. Die Engagementpolitik in Deutschland soll zu einer festen Größe heranwachsen und die zur Verfügung stehenden Mittel sollen der kommunalen Ebene zugeführt werden, um auch über die aktuelle Problematik in Bezug auf die Versorgung geflüchteter Menschen hinausgehende gesellschaftliche Aufgaben anzugehen. Dabei liegen die Schwerpunkte auf der Vereinbarkeit freiwilliger Aktivitäten mit familiären und beruflichen Pflichten, auf der Weiterentwicklung der Freiwilligendienste und auf der Intensivierung der Anerkennungskultur. Weitere Ziele bestehen in einer effektiveren Vernetzung, einer Stärkung der Wirkungsorientierung und einer besseren Koordination der themenspezifischen Forschung. Im Sinne eines Ausbaus der Engagementinfrastruktur wurde vor Kurzem das bundesweite Partnerschaftsprogramm „Menschen stärken Menschen“ ins Leben gerufen, um Patenschaften, Gastfamilien und Vormundschaften für geflüchtete Menschen zu gewinnen. *Quelle: Pressemitteilung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom 25.1.2016*

Start der Inklusionsforen in Potsdam. Mit einer Dialogreihe lädt das Brandenburger Sozialministerium Fachkräfte aus der Sozial- und Behindertenpolitik sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger dazu ein, über eine inklusive Gestaltung der Gesellschaft vor Ort nachzudenken und unter dem Motto „Inklusion in Brandenburg – Gemeinsam Teilhabe gestalten“ über die zukünftige Landespolitik für Menschen mit einem Handicap zu diskutieren. Das erste Inklusionsforum fand am 13. Januar dieses Jahres in Potsdam statt. Im Blickfeld standen Themen wie Arbeit und Beschäftigung, Barrierefreiheit, Bildung, gesundheitliche Versorgung, Freizeit und Kultur. Im Frühjahr werden weitere Tagungen in verschiedenen Städten der Region durchgeführt. Die Resultate werden in die Überarbeitung des Behindertenpolitischen Maßnahmenpakets einfließen, dessen Neufassung bis Ende dieses Jahres vorliegen soll. Die Dokumentation der Ergebnisse des ersten Forums können im Internet unter http://www.masgf.brandenburg.de/media_fast/4055/Inklusionsforum_130116_Dokumentation_Thementische.pdf abgerufen werden. *Quelle: BRANDaktuell-Newsletter Nr. 1/2016*

SOZIALES

Basiskonto für bessere Partizipation. Am 15. April 2014 beschloss das Europäische Parlament einen allgemein verbindlichen gesetzlichen Anspruch auf ein Basis Girokonto, der von den EU-Mitgliedstaaten bis zum 18. September 2016 im jeweiligen nationalen Recht verankert werden muss. Um die Richtlinie umzusetzen, hat

das Bundeskabinett im Oktober 2015 einen Entwurf zum Zahlungskontengesetz verabschiedet, der allen geschäftsfähigen Personen, die sich legal in der EU aufhalten, ein Recht auf ein eigenes Konto bei einer Bank ihrer Wahl in Deutschland einräumt. Hierzu gehören auch Asylsuchende, Flüchtlinge und Menschen ohne festen Wohnsitz. Die Diakonie Deutschland begrüßt diesen Schritt. Ein Bankkonto sei eine wichtige Voraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Auf eine positive Resonanz stieß auch der Sachverhalt, dass Menschen, denen trotz der neuen Bestimmung ein Konto verweigert wird, nun erstmals die Möglichkeit haben, sich an die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht zu wenden, die bei einer unzulässigen Ablehnung eine Kontoeröffnung anordnen kann. *Quelle: Pressemitteilung der Diakonie Deutschland vom 25.1.2016*

Deutscher Schuldneratlas konstatiert wachsende Altersarmut. Aus dem im November letzten Jahres von der Wirtschaftsauskunftei Creditreform veröffentlichten „Schuldneratlas 2015“ geht hervor, dass sich die Anzahl der Schuldnerinnen und Schuldner über 18 Jahre im Vergleich zum Vorjahr bundesweit um 44 000 Personen (0,7 %) auf 6,7 Mio. (9,92 %) erhöht habe. Während die Verschuldung bei jungen Menschen unter 30 Jahren um 3,4 % zurückgegangen sei, zeichne sich bei der älteren Bevölkerung ein gegenläufiger Trend ab. Bei der Altersgruppe der 60- bis 69-Jährigen sei die Quote in den letzten beiden Jahren um 12,4 %, bei den über 70-Jährigen sogar um 35,4 % angestiegen, womit aktuell insgesamt 600 000 Seniorinnen und Senioren überschuldet seien. Zur Verhinderung von Armut bedarf es nach Auffassung des Sozialverbandes Deutschland besonderer Anstrengungen in den Bereichen Rente, Arbeitslosigkeit, Grundsicherung, Schwerbehinderung, Gesundheit und Pflege. *Quelle: SoVD Soziales im Blick, Januar 2016*

Schutteinrichtung für geflüchtete Frauen in München. Laut einer im Januar dieses Jahres vorgestellten Umfrage der Menschenrechtsorganisation Amnesty International unter 40 Frauen aus Syrien und dem Irak wurden fast alle von diesen während ihrer Flucht nach Westeuropa von Menschenhändlern, Sicherheitskräften oder männlichen Mitflüchtlingen sexuell belästigt oder missbraucht. Mit der Absicht, zugewanderte Frauen vor erneuten Gewalterfahrungen in Deutschland zu bewahren, wurde zum Jahresbeginn 2016 in der Rosenheimer Straße im Münchener Stadtteil Ramersdorf eine Überbrückungsunterkunft eingerichtet, in der alleinstehende geflüchtete Frauen mit und ohne Kinder rund um die Uhr betreut werden. Das von den drei Verbänden Condrops, Frauenhilfe und pro familia betriebene Quartier bietet Platz für etwa 40 Frauen und 20 Kinder. Laut Condrops kommen in München jeden Monat zirka 80 bis 90 unbegleitete Frauen an. Gewöhnlich flüchteten sie mit ihren Partnern oder anderen männlichen Begleitern, würden unterwegs

jedoch häufig von diesen getrennt. Die Bedingungen in regulären Gemeinschaftsunterkünften seien meist nicht auf die spezifischen Schutzbedürfnisse der weiblichen Neuankömmlinge abgestimmt. *Quelle: Der Paritätische 1.2016*

GESUNDHEIT

Studien zur AIDS-Prävention. Auch wenn die Anzahl der Neuinfektionen mit dem HIV-Virus seit dem Jahr 2000 weltweit von 3,1 Mio. auf 2 Mio. im Jahr 2014 zurückgegangen ist, bleibt der AIDS-Erreger eine ernst zu nehmende gesundheitliche Bedrohung. Im Hinblick auf das Präventionsverhalten in Deutschland deuten neue wissenschaftliche Erkenntnisse darauf hin, dass jüngere Menschen hier besondere Vorsicht walten lassen. So ergab die interviewbasierte Studie „Jugendsexualität 2015“ der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung in Köln, dass 73 % der Jugendlichen zwischen 15 und 25 Jahren Kondome benutzten, um das Ansteckungsrisiko zu minimieren. Eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts INSA im Auftrag des Verbandes der Privaten Krankenversicherung e.V. bestätigt diese Ergebnisse. Hier zeigte sich, dass jüngere Befragte zwischen 18 und 34 Jahren in einer neuen Partnerschaft zu zirka 60 % auf Schutzvorkehrungen bestünden. Erstaunlicherweise haben sich laut der

INSA-Erhebung nur knapp ein Drittel der volljährigen Deutschen jemals auf HIV testen lassen. *Quelle: PKV publik, Dezember 2015*

Rehabilitationseinrichtung in Berlin. Patientinnen und Patienten der Orthopädie in Berlin können seit dem 1.11.2015 eine ambulante Rehabilitation wohnortnah in Berlin-Kreuzberg wahrnehmen. Das Leistungsspektrum der Einrichtung umfasst unter anderem Krankengymnastik, Medizinische Trainingstherapie, Aquafitness, Gruppentherapie und Physikalische Therapie. Für Menschen, die aus medizinischen Gründen in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, steht ein Fahrdienst bereit. Der Verband der Ersatzkassen verweist auf Studien, denen zufolge ambulante Rehabilitationsmaßnahmen genauso wirksam sind wie stationäre Maßnahmen. Weitere Auskünfte können im Internet unter <http://www.reha-bergmann.de/reha-zentrum/das-zentrum/> eingeholt werden. *Quelle: ersatzkasse report, Dezember 2015*

Gesundheits- und Sozialstrukturatlas für die Bundesrepublik Deutschland. Daten, Methoden, Ergebnisse auf Bundeslandebene zum Zusammenhang zwischen sozialer Lage und Gesundheitszustand. Hrsg. Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales. Berlin 2015, 75 S., kostenlos *DZI-E-1439*



**Bank
für Sozialwirtschaft**



Mit Erfahrung und Expertise.

Zum Beispiel beim Liquiditätsmanagement. Nutzen Sie alle Vorteile eines controllingbasierten Cash-Managements – halten Sie Ihre Liquidität und einen effizienten Zahlungsverkehr zu jeder Zeit aufrecht. Dabei profitieren Sie von unserer besonderen Expertise im Gesundheits- und Sozialwesen.

Sprechen Sie mit uns. Wir haben die Lösung.

Telefon 0221 97356-0 | bfs@sozialbank.de

www.sozialbank.de | www.spendenbank.de

Die Bank für Wesentliches

Dieser Spezialbericht basiert auf einer in der Senatsverwaltung betreuten Masterarbeit des Studiengangs Master of Public Health an der Berliner Charité, in der erstmals die Methodik der Berliner Gesundheitsbericht-erstattung für eine bundesweite Studie angewendet wird. Auf diese Weise wird ein umfassender Einblick in mögliche Zusammenhänge zwischen der sozialstrukturellen und der gesundheitlichen Lage in einzelnen Bundesländern erreicht. Anhand von 53 Einzelindikatoren werden Erkenntnisse für Akteure auf bundes- und landespolitischer Ebene eruiert. Besondere Berücksichtigung finden Faktoren wie die soziale und gesundheitliche Belastung, der Bildungsstatus, die räumliche und soziodemografische Verdichtung und die durchschnittliche Wohnfläche pro Person. Auch der Anteil der Richter und Angestellten an den Erwerbstätigen floss in die Auswertung mit ein. Im Ergebnis zeigt sich ein regional übergreifender Mangel an Chancengleichheit in Bezug auf die sozioökonomische und die gesundheitliche Situation. Bestellanschrift: Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Oranienstraße 106, 10969 Berlin, Tel.: 030/90 28-12 35, Internet: www.berlin.de/sen/gesso

Ein Formular für Arbeitsunfähigkeit und Krankengeld. Um den bürokratischen Aufwand im Gesundheitswesen zu reduzieren, wurde zum 1. Januar dieses Jahres der Auszahlungsschein zum Bezug von Krankengeld in das herkömmliche Arbeitsunfähigkeitsformular integriert. Auf dem neuen Mustervordruck wird eine Arbeitsunfähigkeit sowohl während der Entgeltfortzahlung als auch während der Krankengeldzahlung ärztlicherseits bestätigt. Das für alle Krankenkassen einheitliche Formular kann am Computer elektronisch ausgefüllt oder als Ausdruck bestellt werden. Sowohl für den Arbeitgeber als auch für die Unterlagen der Versicherten gibt es nun einen entsprechenden Durchschlag. Neu ist auch, dass die Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung ab dem Tag der Ausstellung und nicht mehr wie zuvor erst ab dem Folgetag gültig ist. *Quelle: Klartext, Dezember 2015*

JUGEND UND FAMILIE

Kommission zur Aufarbeitung von Kindesmissbrauch. Nachdem sich der Bundestag im Juli 2015 mehrheitlich für die Einrichtung einer Aufarbeitungskommission ausgesprochen hat, wird die im Januar dieses Jahres vom Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs einberufene „Aufarbeitungskommission Kindesmissbrauch“ in den kommenden drei Jahren den Missbrauch in Institutionen und im familiären Kontext in der BRD und der früheren DDR untersuchen. Sieben Expertinnen und Experten sollen Strukturen rekonstruieren, die entsprechende Straftaten begünstigten, Forschungsdesiderate identifizieren und Eckpunkte für eine gelingende Aufarbeitung modellhaft für Einrichtungen und Organisationen entwerfen. Hierzu wird die

Kommission Betroffene anhören, Zeitzeugengespräche, Archivrecherchen sowie Fachveranstaltungen durchführen und schriftliche Dokumentationen auswerten. Ein erster Zwischenbericht soll im Jahr 2017 erscheinen. Näheres steht auf der Internetseite www.beauftragter-missbrauch.de. *Quelle: Pressemitteilung des Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs vom 26.1.2016*

Neue Impulse in der Intensivpädagogik. „Was tun, wenn wir nicht mehr weiter wissen ...?“ Von Menno Bauermann und anderen. Hrsg. Evangelischer Erziehungsverband. Selbstverlag. Hannover 2015, 116 S., EUR 10,50 *DZI-E-1387*

Bei der häufig durch freiheitsentziehende Maßnahmen geprägten Intensivpädagogik handelt es sich um eine Form der Erziehungshilfe für Kinder und Jugendliche mit einer hohen Aggressionsbereitschaft oder anderen Verhaltensauffälligkeiten, die darauf abzielt, bestehende Beziehungen zu erwachsenen Bezugspersonen zu stabilisieren und eine Unterstützung zur besseren Lebensbewältigung zu geben. In dieser Broschüre werden theoretische Fragen diskutiert und neue praktische Ansätze vorgestellt wie beispielsweise das Projekt „Bude ohne Betreuung“ in Berlin und weitere Initiativen in Hamburg, Karlsruhe und Niedersachsen. Dabei gilt das Augenmerk auch der AktiF-Gruppe der Johann-Heinrich-Leiner-Schule in Großefehn, deren Anliegen darin besteht, einem möglichen Schulabsentismus präventiv entgegenzuwirken. Abschließend folgen Vorschläge zur Mitarbeitersicherung in intensivpädagogischen Settings. Bestellanschrift: Evangelischer Erziehungsverband, Flüggestraße 21, 30161 Hannover, Tel.: 05 11/39 08 81-0, Internet: www.erev.de

Internetplattform für Mädchen und Frauen mit Behinderung. Wie die im Jahr 2012 im Auftrag des Bundesfamilienministeriums an der Universität Bielefeld durchgeführten Studie „Lebenssituation und Belastungen von Frauen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen in Deutschland“ zeigte, erleiden Mädchen und Frauen mit einem Handicap fast doppelt so häufig körperliche oder psychische Gewalt wie ihre nicht behinderten Geschlechtsgenossinnen. Das im Januar 2014 zunächst in fünf Modellregionen angelaufene und bis Ende 2016 angesetzte Projekt „Suse – sicher und selbstbestimmt. Frauen und Mädchen mit Behinderung stärken“ des Bundesverbandes Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe – Frauen gegen Gewalt e.V. möchte die betreffenden Frauen über ihre Rechte informieren und ihnen Unterstützung anbieten. Erweitert wurde das von der „Aktion Mensch“ finanzierte Angebot nun um die barrierefreie Internetplattform www.suse-hilft.de, auf der sich nützliche Tipps, Arbeitsmaterialien und ein mit einer regionalen Suchmaske versehenes Verzeichnis von Anlaufstellen befinden. *Quelle: BeBInformatoren, Dezember 2015*

AUSBILDUNG UND BERUF

Mehr Ausbildungsplätze durch Ausgleichsverfahren. Im Rahmen des in Rheinland-Pfalz im Jahr 2004 eingeführten Ausgleichsverfahrens in der Altenpflege werden alle zugelassenen Pflegeeinrichtungen des Bundeslandes zur Finanzierung von Ausbildungsvergütungen herangezogen, auch wenn sie selbst keine Ausbildungen vornehmen. Nach Informationen des rheinland-pfälzischen Sozialministeriums sind durch diese Neuregelung seither 1 925 zusätzliche Ausbildungsplätze entstanden. Des Weiteren wurde damit ermöglicht, dass sich auch ambulante Dienste an der Qualifizierung neuer Fachkräfte beteiligen. Durch die wegen fehlender praktischer Ausbildungsplätze erlassene Verordnung haben ausbildende Einrichtungen gegenüber nicht ausbildenden Trägern keinen Wettbewerbsnachteil mehr. Das Sozialministerium begrüßt, dass auch bei der neuen gemeinsamen Pflegeausbildung ein Ausgleichsverfahren vorgesehen ist. *Quelle: Mitteilung des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie Rheinland-Pfalz vom 22.1.2016*

Staatlich anerkannte Fachkraft in der psychiatrischen Pflege. Von Juni 2016 bis Mai 2018 findet an der Frankfurt University of Applied Sciences in Frankfurt am Main die berufsbegleitende Weiterbildung „Staatlich anerkannte/-r Fachpfleger/-in für Psychiatrische Pflege“ statt. Vermittelt werden soziale, fachliche und methodische Handlungskompetenzen für alle psychiatrischen beziehungsweise psychosozialen Bereiche. Nach einer Abschlussprüfung erhalten die Absolventinnen und Absolventen die staatliche Anerkennung „Fachpfleger/-in für Psychiatrische Pflege“ und eine Hochschulzugangsberechtigung. Die in einzelnen Modulen erworbenen berufspraktischen Fertigkeiten können auf den Bachelorstudiengang Pflege- und Case Management angerechnet werden. Anmeldeschluss ist der 15. April 2016. Hinweise zur Anrechnung finden sich auf der Internetseite www.bit.ly/MC1509. Rückfragen werden unter der Telefonnummer 069/15 33-26 81 oder per E-Mail an weiterbildung@fwbt.fra-uas.de entgegengenommen. *Quelle: Mitteilung der Frankfurt University of Applied Sciences vom 26.1.2016*

13.-15.4.2016 Berlin. Caritaskongress zum Demographischen Wandel. Information: Deutscher Caritasverband e.V., Referat Verbandsentwicklung und -organisation, Patricia Hess, Kongressorganisation, Karlstraße 40, 79104 Freiburg, Tel.: 07 61/200-408, E-Mail: info@caritaskongress.de

14.-16.4.2016 Köln. 6. Bundestagung der IGfH-Fachgruppe Erziehungsstellen und Pflegefamilien: Jeder Jeck ist anders! Diversität in Erziehungsstellen und Pflegefamilien. Information: Internationale Gesellschaft für Erziehungshilfen (IGfH), Sekretariat Frau Greff, Galvanistraße 30, 60486 Frankfurt am Main, Tel.: 069/63 39 86-18, E-Mail: katharina.greff@igfh.de

14.-17.4.2016 Nürnberg. Werkstätten-Messe. Fachmesse für berufliche Rehabilitation und Leistungsschau der Werkstätten für behinderte Menschen. Information: BAG WfbM, Sonnemannstraße 5, 60314 Frankfurt am Main, Tel.: 069/94 33 94-0, E-Mail: info@bagwfbm.de

19.4.2016 Köln. 2. Bundeskonferenz Frauengesundheit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung und des Bundesministeriums für Gesundheit. Im Fokus: Psychische Gesundheit von Frauen. Information: Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e.V., Fenskeweg 2, 30165 Hannover, Tel.: 05 11/38 81 18 90, E-Mail: info@gesundheits-nds.de

20.4.2016 Berlin. Vortrag und Diskussion im Rahmen der Berliner Stiftungswoche 2016. Hilfen für Helfer: Was braucht das bürgerschaftliche Engagement für Geflüchtete? Information und Anmeldung: Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen, Bernadottestraße 94, 14195 Berlin, Tel.: 030/83 90 01-0, E-Mail: sozialinfo@dzi.de

21.4.2016 Berlin. Abschlusstagung des Modellprojektes „Interkulturelle Öffnung der Hilfen zur Erziehung“. Information: Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V., Dr. Talibe Süzen, Blücherstraße 62/63, 10961 Berlin, Tel.: 030/ 26 30 92 56, E-Mail: Talibe.Suezen@awo.org

21.-22.4.2016 Göttingen. 12. Internationales NPO-Forschungssymposium: Nonprofit-Organisationen und Nachhaltigkeit. Information: Universität Göttingen, Prof. Dr. Ludwig Theuvsen, Department für Agrarökonomie und Rurale Entwicklung, Platz der Göttinger Sieben 5, 37073 Göttingen, Tel.: 05 51/39 48 51, E-Mail: npo-colloquium2016@agr.uni-goettingen.de

29.-30.4.2016 Düsseldorf. Jahrestagung der DGSA 2015: „Inklusion ist ...“ – Perspektiven und Positionen der Sozialen Arbeit. Information: DGSA, Postfach 1129, Schloßstraße 23, 74370 Sersheim, Tel.: 070 42/39 48, E-Mail: dgsa@dgsainfo.de